Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1922

343 (28.7.1922) Abendausgabe

Visual Library

Karlsruhe, Freitag, den 28. Juli 1922 — Abend-Ausgabe. — 38. Jahrgang. Nr. 343

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: Im Verlage und in den Zweigstellen abgeholt monatlich ℳ 37.—, frei ins Haus geliefert ℳ 41.—.
Auswärts: Von unseren Agenturen bezogen ℳ 41.—. Durch die Post einschl. Zustellgebühr ℳ 41.—.
Einzel-Nummer bis 4 Seiten Umfang ℳ 1.—, über 4 Seiten Umf. ℳ 1.50.
Anzeigen:
Die 1spaltige Nonpareillezeile ℳ 6.—, auswärts ℳ 8.—. Stellengesuche und Familienanzeigen ℳ 4.50. Die Reklamezeile ℳ 30.—, an erster Stelle ℳ 32.50. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und Konkursen außer Kraft tritt.
Für Platz-Vorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Badische Presse

und

Handels-Zeitung

Neue Badische Presse — Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten.
Chefredakteur: Dr. Walther Schneider.
Verantwortliche Redakteure: Für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: M. Holzinger; für Auslandspolitik: A. Kimmig; für Kunst, Wissenschaft u. Unterhaltung: A. Rudolph; für lokale Angelegenheiten u. Sport: R. Volderauer; für die Handelszeitung: Dr. H. Dröse; für Anzeigen: A. Rinderspacher, alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metger.
Fernsprecher: Geschäftsstelle: Nr. 86. Redaktion: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle: Zirkel- und Lammstraße-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.
Postscheck-Konto: Karlsruhe Nr. 8359.

Der Brief des Reichspräsidenten.

o. **München**, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht). Heute vormittag hat der Vertreter der Reichsregierung in München, Graf Zech, dem bayerischen Ministerpräsidenten folgendes Schreiben des Reichspräsidenten überreicht:

Berlin, 27. Juli 1922.

„Hochverehrter Herr Ministerpräsident! Die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung gegenüber dem gesetzlichen Schutze der Republik erfüllt mich mit ernster Sorge und zwingt mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die von der bayerischen Staatsregierung zu diesem Gesetze erlassene Verordnung steht nach meiner und der Reichsregierung Auffassung und Ueberzeugung in Widerspruch mit der Reichsverfassung. Sie stellt eine schwere Störung der Reichseinheit dar, die bei ähnlichen Schritten auch in anderen Ländern den Bestand des Reiches gefährden müßte. Aus meiner Aufgabe als Hüter der Reichsverfassung und des Reichsgedankens erwächst mir daher die Pflicht, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung auf die Aufhebung der bayerischen Verordnung hinzuwirken.

Ich möchte mich zu diesem durch die Verfassung gewiesenen Schritt erst dann entschließen, wenn ich die Ueberzeugung gewinne, daß auch die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung dieses Konflikts erschöpft sind. Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres deutschen Volkes, unseres Landes, das uns beiden gleichermaßen am Herzen liegt, nochmals in die Erwägung einzutreten, ob es nicht möglich erscheint, Ihnen und mir diesen so unerwünschten Schritt zu ersparen.

Ich benütze die Gelegenheit, um gegenüber den in Bayern aufgetauchten Befürchtungen mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Auffassung durchaus irrig ist, mit dem Gesetze würde die systematische Beseitigung der bayerischen Hoheitsrechte eingeleitet. Die aus der schwersten Not der Gegenwart geborenen und nur für einen gemessenen Zeitraum geltenden Bestimmungen sind Lebensnotwendigkeiten unseres bedrohten staatlichen Daseins. Sie sollen und können aber in ihrem Vollzug in keiner Weise den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigen, der — in der Reichsverfassung fest begründet — gerade die Stärke des Reiches darstellt und dessen Wahrung während der Dauer meiner Amtsführung ich mir zur besonderen Aufgabe gemacht habe.

Zur beschleunigten Klärung der innen- und außenpolitisch gleichermaßen gefährdeten Lage und angesichts der mir aus der Reichsverfassung obliegenden Verpflichtung darf ich mir die Bitte erlauben, mir in tunlichster Bälde Ihre Antwort zugehen zu lassen.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Hochschätzung,

Ihr ergebenster gez. Ebert.

Wie wir hierzu erfahren, dürfte das Schreiben des Reichspräsidenten vertraulich schon heute Nachmittag den bayerischen Ministerrat beschäftigen, sodaß mit der Antwort der bayerischen Regierung auf das Schreiben des Reichspräsidenten schon heute gerechnet werden kann.

Beruhigung in München.

ü. **München**, 28. Juli. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Lerchenfeld geht nun doch nicht nach Berlin. — Die letzten Nachrichten aus Berlin haben die öffentliche Meinung und die politischen Stellen in der Meinung noch verstärkt, daß man auch in Berlin das Bestreben hat, auf einen Verhandlungsweg zu kommen. Vor allem hat die Nachricht, daß der Reichstag wahrscheinlich nicht so rasch zusammenberufen wird, hier außerordentlich beruhigend gewirkt. Die Auffassung, daß man nach den verhängnisvollen Erschütterungen zu gütlichen Vereinbarungen kommen wird, die für die bayerische Staatsregierung wie auch für die Reichsregierung annehmbar sind, gewinnt immer mehr Boden. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß der bayerische Ministerpräsident die Absicht habe, demnächst nach Berlin zu fahren, wird an zuständiger Stelle als falsch bezeichnet. Eine derartige Absicht bestehe wenigstens vorläufig nicht. Dabei ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß die weitere Entwicklung der Dinge eine Reise des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld nach Berlin nötig macht.

Die Gewerkschaften und die Vorgänge in Bayern.

m. **Berlin**, 28. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und Afa-Bund schreibt uns: Bei der Erörterung der letzten Vorgänge in Bayern werden in der Presse Meldungen über angebliche Forderungen des gewerkschaftlichen Aktionsausschusses verbreitet, in denen man die Abwehr der bayerischen Opposition mit der Proklamation eines Generalstreikes und die Verhängung von Verkehrssperren beschlossen haben soll. An allen diesen Gerüchten, die wie immer, so auch diesmal von kommunistischen Agitatoren genährt wurden, ist kein wahres Wort. Die Gewerkschaften haben in ihrem ersten Aufruf bekundet, daß sie alle von der Reichsregierung zum Schutze der Republik getroffenen Maßnahmen unterstützen wollen. Danach ist auch gehandelt worden. Wenn jetzt eine Landesregierung in verfassungswidriger Weise der Durchführung eines mit qualifizierter Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft beschlossenen Gesetzes sich zu widersetzen versucht, so kann und muß gerade in einem demokratischen Staatswesen die Initiative der Reichsregierung überlassen bleiben, ihrer eigenen Autorität und ihren Gesetzen Geltung zu verschaffen. Die Gewerkschaften werden an zentraler Stelle, ebenso auch in ihren bayerischen Gliederungen wachsam die weitere Entwicklung der Dinge verfolgen, um die ihnen anheimgegebenen Arbeiterinteressen wahrzunehmen. In diesem Augenblick hat die Reichsregierung als die einzig berufene Exekutive für die Erfüllung der beschlossenen Reichsgesetze das Wort.

Sowjetrussischer Epilog zur Haager Konferenz.

O.E. **Terijoki**, 26. Juli. (Drahtbericht). Die Petersburger Sowjetpresse erklärt den Mißerfolg der Haager Konferenz dadurch, daß die Entente beschlossen habe, den Wiederaufbau Europas statt mit Rußland mit einer Wiederaufrichtung Deutschlands zu beginnen. Die Westmächte würden auf einer Lösung des Rapallovertrages bestehen. Es sei ein falscher Weg, mit Deutschland den Anfang machen zu wollen, da Deutschland keine Rohstoffe besitze und in Bezug auf die Absatzmärkte mit den Ententeländern konkurriere. Andere Blätter schließen aus dem Scheitern der Haager Konferenz auf eine Erstarkung der Reaktion in Europa, sprechen von einer möglichen Wiedererrichtung der Monarchie in Deutschland, Oesterreich u. a., erklären aber, daß dies den Ausbruch der Weltrevolution beschleunigen würde.

— **Berlin**, 27. Juli. Nach Ausweis des 12. Nachtrags der amtlichen Zeitungspreisliste von 1922 haben wieder 226 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt.

Völkerbund und Reparationsfrage.

WTB. **London**, 28. Juli. In der gestrigen Nachmittagssitzung des Friedenskongresses wurde die Frage des Völkerbundes behandelt. Lord Robert Cecil trat in seiner Rede für eine Verstärkung der Autorität des Bundes ein. Solange die Reparationsfrage nicht geregelt sei, könne von einer Wiederherstellung des Friedens in Europa nicht gesprochen werden. Die Frage vergifte die ganze internationale Atmosphäre. Solange der Völkerbund eine so wichtige Frage außerhalb seiner Erörterungen lasse, sei er noch immer nicht im Besitze voller Machtbefugnisse. Gewiß könne der Völkerbund es nicht unternehmen, sich mit dieser Frage zu befassen, wenn er nicht von einigen oder von allen der hauptsächlich interessierten Mächte dazu aufgefordert werde. Aber es sei endlich zu überlegen, ob nicht die Zeit gekommen sei, diese Streitfrage zu lösen. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund würde einen großen Fortschritt bedeuten. Es sei wichtig, daß sich die britische Regierung für diese Politik erklärt habe. Deutschland könnte, um zu beweisen, daß es für den Frieden der Welt arbeiten wolle, nichts Besseres tun, als Mitglied des Bundes zu werden. (Beifall.) Der Kongreß sprach hierauf in einer Entschließung die Hoffnung aus, daß Deutschland ein erfolgreiches Gesuch um Zulassung zum Völkerbund stellen werde.

d. **Paris**, 28 Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die englische Aufforderung nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, wird durch die Vorbehalte die der „Daily Telegraph" hierzu gemacht hat, ziemlich abgeschwächt. Das englische Blatt hatte erklärt, daß sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine Mehrheit finden würde, wenn Deutschland nicht verlange, sofort und dauernd in den Rat aufgenommen zu werden. Der „Daily Telegraph" hatte dann gleichfalls von neuen Vorbehalten gesprochen, die vor einigen Wochen von der englischen Regierung als unsinnig bezeichnet wurden, da man sie mit Rücksicht auf das deutsche Ehrgefühl nicht stellen dürfe. Der „Temps" äußert sich heute wie folgt: Wird die deutsche Reichsregierung der englischen Aufforderung nach dem Aufnahmeersuchen in den Völkerbund nachgeben? Das wäre ein bedeutender Schritt, denn es ist klar, daß ein solches Gesuch gleichbedeutend wäre mit der Verpflichtung, daß Deutschland sich mit seinen gegenwärtigen Grenzen zufrieden gibt und daß es auf die durch den Vertrag von Rapallo gehegten Wünsche verzichtet.

WTB. **London**, 28. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" erfährt: Ist die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund in den letzten Wochen zweimal zwischen der britischen und der französischen Regierung erörtert worden; anscheinend ist die Frage im Laufe der Unterredung, die Lord Balfour und der französische Botschafter am Mittwoch hatten, erwähnt worden.

Vor der Londoner Besprechung.

E.P. **Paris**, 26. Juli. In hiesigen gut unterrichteten Kreisen spricht man von dem Wunsche der französischen Regierung, die englische Regierung möchte eine aufbauende Politik einleiten. Man sei zu lange nicht vorwärts gekommen. Man glaubt, daß Poincaré Lloyd George Konzessionen im nahen Osten machen, sowie ein Moratorium für Deutschland von 6 Wochen bis 6 Monate vorschlagen werde. Man erwartet ferner, daß Lloyd George die völlige Räumung des linken Rheinufers, die Revision der deutschen Reparationszahlungen und die Ausgabe einer internationalen Anleihe verlangen werde. Bezüglich der Maßnahmen zur Einschränkung der Markspekulation und der Kapitalflucht verlautet, daß das Garantiekomitee Konzessionen gemacht habe.

Belgien und Spanien haben sich noch nicht über ihre Teilnahme an der Londoner Konferenz geäußert. Frankreich hält die Teilnahme Belgiens zur Behandlung der Reparationsfrage für erforderlich, die Italiens für die Behandlung der Fragen des Ostens. Poincaré hat ferner wissen lassen, daß Frankreich großen Wert darauf lege, daß Spanien wegen der Tangerfrage daran teilnimmt.

In offiziellen Kreisen wird erklärt, daß Poincarés Brief an Dubois schon aus dem Grunde keine Vorschriften gegeben habe, weil Poincaré damit die Souveränität der Reparationskommission verletzt hätte, an der er so strikt festhalte.

Die „Liberté" schreibt, daß man Zweifel haben müsse, ob die Konferenz einen Schritt nach vorwärts bedeuten könne. Die englischen Minister scheinen der Aufhebung der französischen Schulden an England abgeneigt zu sein, wenn nicht gleichzeitig die englischen Schulden an Amerika annulliert werden. Die offiziösen Londoner Zeitungen lehnen ebenfalls die Priorität der Reparationszahlungen für die verwüsteten Gebiete ab. Unter diesen Umständen könne man wenig Optimismus über den Ausgang der Konferenz haben. Eine Einigung zwischen Frankreich und England sei aber um so nötiger, als in Deutschland gegenwärtig ein Bürgerkrieg drohe.

EP. **London**, 26. Juli. Nach einer Mitteilung der „Westminster Gazette" beabsichtigen die Unabhängig Liberalen im Unterhaus die Forderung aufzustellen, daß Lloyd George die Frage der Reparationen nicht ohne die Zustimmung des Parlaments regeln dürfe, und daß er dem Unterhaus über seine Pläne für die bevorstehende Konferenz Kenntnis gebe. Diese Forderung wird nicht von allen Gruppen des Parlaments geteilt. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß die mehr oder weniger offene Verhandlungsmethode der letzten zwei Jahre einen zweifelhaften Wert hatte, da sie zu voreiligen Polemiken führte, die die Verhandlungen gefährdeten. — Die „Daily News" schreiben zu dem Programm der Londoner Zusammenkunft, daß sicherlich die Frage des englisch-französischen Bündnisses besprochen werde. Ein allgemeiner Pakt mit gegenseitigen Garantien und Rüstungsbeschränkungen gebe Frankreich und seinen Verbündeten und Freunden gute Sicherheiten.

Das Schäferspiel zwischen Poincaré u. Lloyd George.

WTB. **Paris**, 28. Juli. „Oeuvre" meldet, daß Poincaré darauf bestehe, daß die Zusammenkunft mit Lloyd George in den ersten Augusttagen stattfinde. Man versichere in London, der britische Premierminister werde dieses Datum, das er so lebhaft befürwortet habe, annehmen, werde aber zum Ausdruck bringen, daß die Besprechungen nur einen privaten Charakter haben würden und daß keine Entscheidung getroffen werden solle ohne die Vertreter Belgiens und Italiens.

WTB. **London**, 28. Juli. Der Pariser Korrespondent der „Times" meldet, er erfahre von autoritativer Seite, daß Poincaré sich Lloyd George vom 1. August ab zur Verfügung halte und keinen Anlaß habe, ein anderes Datum vorzuschlagen. In französischen diplomatischen Kreisen sei man sehr erstaunt über die Andeutung, daß die Zusammenkunft um einige Wochen aufgeschoben werden soll, da ja doch die britische Regierung noch vor einer Woche sehr darauf gedrängt habe, daß Frankreich ein baldiges Datum festsetze. Man fürchte, daß, wenn die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten allzusehr hinausgeschoben würde, die Aussichten auf eine Anleihe für Deutschland in diesem Jahre schwinden. Man habe aufrichtig gehofft, daß die Budgetkommission im September wieder zusammentreten könne.

Umschau.

28. Juli 1922.

Landtagsferien! Ein inhaltsschweres Wort, aus dem auch nicht annähernd zu ersehen ist, was erst alles vorausgehen mußte und auch tatsächlich vorausgegangen ist, um Wirklichkeit zu werden. In den letzten Wochen war es in den Räumen des Ständehauses, in den Arbeitszimmern der Ministerien, in den Studierstuben der Parteiführer, in den Wohnungen der Abgeordneten und auf den Redaktionen der Zeitungen kein seltener Gast und man begeht wohl kaum einen Vertrauensbruch, wenn man verrät, daß es gerne gehört worden ist. Die besonderen, in der Hauptsache durch den verlorenen Krieg verursachten Verhältnisse bringen gegenüber früheren ruhigeren Zeiten eine wesentliche Erschwerung der Parlamentsarbeit mit sich; sie machen es den Regierungsvertretern und den Abgeordneten zur Pflicht, den Landtagsverhandlungen gewissenhaft beizuwohnen. Ist so ein armer Volksbote auch Mitglied eines oder gar mehrerer Ausschüsse, dann hat er wahrhaftig während der ganzen Tagung nichts zu lachen. Berge von Berufsarbeiten türmen sich, während er sich in der Landeshauptstadt abmüht, die Staatsmaschinerie im Gange zu halten, zu Hause, in seinem Büro, in seiner Werkstatt auf und er kann sehen, wie er dort alles wieder ins richtige Gleis bringt, ohne persönlich allzugroßen wirtschaftlichen Schaden zu erleiden. Seine Diäten bewahren ihn davor bei der heutigen ungeheuren Geldentwertung keineswegs; die meisten Abgeordneten müssen hier sogar aus eigenen Mitteln zuschießen, obwohl sie sich im Laufe des neunmonatigen Beisammenseins in Karlsruhe ihre Aufwandsentschädigungen wiederholt erhöht haben. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen ein Abgeordneter aus den Diäten Ersparnisse machen konnte. Manche Kreise unseres Volkes werden mit einem gewissen Bedauern davon Kenntnis nehmen, daß nun der Halbmondsaal in der Ritterstraße zwei bis drei Monate verwaist sein soll, nämlich jene, deren berechtigte Wünsche aus diesem oder jenem Grunde nicht mehr erfüllt werden konnten. Wenn unseren Lesern diese Zeilen zu Gesicht kommen, dann sitzt der Landtag zum letztenmale beisammen und nicht lange mehr wird es dauern, bis die Abgeordneten die Heimreise antreten.

Fast neun Monate dauerte die diesmalige Tagung des Badischen Landtags. Während dieser Zeit haben Regierung und Volksvertretung sich bemüht, bei der Wiederaufbauarbeit ein Stück vorwärts zu kommen. Ueberblickt man ihre Leistungen und läßt dabei auch der freiesten Kritik Spielraum, so muß man doch zugeben, daß das badische Parlament gute Arbeit geleistet hat. Sein Streben, wieder ein Stück vorwärts zu kommen, war verschiedentlich von Erfolg gekrönt; da und dort klärt sich die Lage immer mehr und mehr und da und dort sind bereits Besserungen gegen die letzten drei Jahre wahrzunehmen; allerdings bedarf es noch zähester unverdrossener und auch vielfach undankbarer Arbeit, bis es soweit ist, daß man sagen kann, Ruhe und Ordnung sind gesichert und der Staatskarren geht auf breiter Straße den geregelten Weg.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses der Landtagswahlen vom 30. Oktober vorigen Jahres setzte das gewohnte Rätselraten über die zukünftige Zusammensetzung des badischen Kabinetts ein. Alle möglichen Berechnungen und Kombinationen wurden angestellt über die Erweiterung der Koalition, über eine Regierung, bestehend aus den drei sozialdemokratischen Parteien, dem Zentrum und den Demokraten, über ein Kabinett, das sich zusammensetzen könnte aus sämtlichen bürgerlichen Parteien und eine außerbadische Zeitung warf sogar den Gedanken eines „Großblocks" in die Debatte. Mittlerweile berieten offiziell und inoffiziell die Parteiführer hinter den Kulissen und schließlich kam es soweit, daß in der vierten öffentlichen Sitzung am 22. November vorigen Jahres eine Koalitionsregierung in bisheriger Form (Zentrum, Sozialdemokratische Partei und Deutsche Demokratische Partei) gebildet wurde mit dem Demokraten Dr. Hummel als Staatspräsidenten an der Spitze. Auch die Frage der Bildung der einzelnen Landtagsfraktionen wurde in der Oeffentlichkeit eingehend erörtert. Hier gab es insofern eine kleine Ueberraschung, als sich die sieben Landbundabgeordneten zu einer Fraktion zusammenschlossen und nicht, wie vorher verschiedentlich angedeutet worden war, jenen Parteien beitraten, denen sie früher angehört hatten; die Ueberraschung wurde noch größer, als sich der Abgeordnete der Wirtschaftlichen Vereinigung der Landbundfraktion anschloß und diese dadurch zur drittstärksten Partei machte, der dann auch der zweite Vizepräsident zuerkannt wurde. Während dieser neun Monate gab es hin und wieder Pausen von zwei bis drei und sogar vier Wochen, die in der Regel durch intensive Arbeit in den Ausschüssen ausgefüllt wurden. Gewiß, der Landtag hat gute Arbeit geleistet, allein so vorbildlich verliefen die Verhandlungen nicht, wie dies im ersten Landtag nach der Revolution der Fall war. Damals war er geschlossener. Von 107 Abgeordneten entfielen auf die drei Regierungsparteien 100 und die gesamte Opposition verfügte nur über 7. Diesmal aber hatten die Koalitionsparteien von den 86 Mandaten nur 61 inne. Die große Anzahl von Parteien (8 gegen vorher 4) erschwerte die parlamentarische Arbeit ungemein und viel Unerfreuliches von dem, was wir bereits im vorigen Jahre lange vor dem Wahltag vorausgesagt hatten, wurde leider Tatsache. Wir haben im Laufe der Monate die einzelnen unliebsamen Zwischenfälle registriert und kritisiert und verzichten bei unserem Gesamtüberblick auf eine Wiederholung.

Zweimal pflog der Landtag eine allgemeine politische Aussprache, eine gegenseitige Abrechnung über Parteiprogramm, Weltanschauung und alle die anderen Fragen, die die Parteien von einander unterscheiden. Die erste politische Aussprache, nach einer Pause von acht Jahren, erfolgte am 24. Januar; sie gab den Ton und die Richtlinien für die weiteren siebenmonatigen Verhandlungen an. Wie zu erwarten war und wie wir es auch in den Monaten August, September und Oktober des vorigen Jahres wiederholt angedeutet hatten, passierte den Neulingen manche Entgleisung; der eine oder andere von ihnen wird mittlerweile eingesehen haben, daß es um den Badischen Landtag doch nicht so schlimm bestellt ist, wie man das vorher angenommen und wie man es während der Wahlkampagne den Wählern erzählt hatte. Anlaß zu der zweiten allgemeinen politischen Aussprache gab die Förmliche Anfrage der Deutschnationalen Fraktion über das Verhalten des Karlsruher „Volksfreund" gelegentlich des Anschlages gegen den Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann. Zeichnete sich der 24. Januar im allgemeinen durch große Sachlichkeit und sachliche Kritik aus, so stießen die Geister am 27. Juni doch etwas heftiger aufeinander. Die beiden Tage endeten mit der Annahme

eines Vertrauensvotums für die Regierung, dem sich die Deutsche (liberale) Volkspartei anschloß, die dadurch den deutlichen Beweis dafür erbrachte, daß sie bereit ist, aktiv an dem politischen Leben unseres Landes mitzuwirken. Unmittelbar an die Januaraussprache schloß sich die Beratung des Staatsvoranschlages an und gestern nachmittag konnte der Landtag das Finanzgesetz bewilligen, ein Zeichen dafür, daß unsere Staatsfinanzen allmählich in die Reihe kommen. Und wieder kann festgestellt werden, daß die Finanzlage Badens nicht schlecht ist. Unter Beobachtung äußerster Sparsamkeit war es möglich, den Staatsvoranschlag so auszugestalten, daß für die wichtigsten Bedürfnisse von der Regierung Geld zur Verfügung gestellt werden kann, daß die dringendsten Aufgaben erfüllt werden können. Wir haben in Baden den Trost, daß der Fehlbetrag nicht so groß ist, wie in anderen Ländern. Zu irgendwelchen Befürchtungen liegt kein Anlaß vor. Nach diesen einleitenden Bemerkungen werden wir morgen eine detaillierte Uebersicht über den Verlauf der diesjährigen Tagung geben.

Der Bad. Landtag gegen Uebergriffe des Reichsverkehrsministeriums.

Protest der Regierung gegen die Umbenennung der Karlsruher Eisenbahngeneraldirektion. — Württemberg und Sachsen schließen sich an. — Ein Vertrauensvotum für die badische Regierung.

Als uns, wie immer, in anerkennenswert liebenswürdiger Weise heute vormittag auf dem Sekretariat des Landtags die Tagesordnung ausgehändigt wurde, gaben wir uns für einen Augenblick der stillen Hoffnung hin, es könnten die Vormittags- und im unmittelbaren Anschluß daran die ersten Nachmittagsstunden für den parlamentarischen Kehraus ausreichen und dann die Verhandlungen ihr Ende finden. Dem war aber nicht so. Da der Haushaltsausschuß nicht früher mit der Beratung des Wohnungsabgabegesetzes zu Ende kam, verzögerte sich der Beginn der Sitzung bis gegen ¾11 Uhr. Dann stellten die Kommunisten den Antrag, die Tagung des Landtags solange zu verlängern, bis ihre gegen Bayerns Widerstand gerichtete Förmliche Anfrage, in der die badische Regierung die Beziehungen zu Bayern abbrechen soll, beantwortet sei und der Landbundführer Gebhard wollte heute noch Antwort auf seine Kurze Anfrage über nicht richtige Angaben in einem von der Regierung verbreiteten Artikel über die Getreideumlage in Baden im Jahre 1922 haben. Den beiden Abgeordneten bedeutete der Präsident, erst müsse in diesen Angelegenheiten die Regierung gehört werden; die Förmliche Anfrage wird auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege erledigt.

Zunächst wurde nach Eintritt in die Tagesordnung die Sonntagsruhe wieder einmal behandelt. Sie beschäftigte das Haus bekanntlich bei verschiedenen Gelegenheiten. Diesmal boten Anlaß dazu ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Rüger und ein Gesuch des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften. Nach eingehender Beratung einigte sich der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden auf folgenden Antrag: „Der Landtag wolle 1. dem Antrag der Abg. Rüger u. Gen. in folgender Fassung seine Zustimmung erteilen: Die Regierung wird ersucht, entweder von sich aus in Auslegung des § 105e der Gewerbeordnung oder durch entsprechende Maßnahmen bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in weitausgedehnten Kirchenspielgemeinden und in Gegenden mit entlegenen Orten, Zinken und Höfen unsere Land- und Gebirgsbevölkerung an gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen vormittags vor oder nach dem Hauptgottesdienst Gelegenheit zum Einkauf solcher Waren erhält, die sie in ihrem häuslichen und landwirtschaftlichen Betriebe zum täglichen Bedarf benötigt; 2. das Gesuch des Gesamtverbandes der deutschen Angestellten und Gewerkschaften in Berlin W. durch obigen Antrag für erledigt erklären." Hofheinz, Straub, Weber stellten den Zusatzantrag: „. . . . jedoch mit der Maßgabe, daß eine Beschäftigung der Angestellten, Lehrlinge beiderlei Geschlechts an diesen Sonntagen verboten bleibt." Rüger begründete seinen Antrag, den Schneider-Mannheim namens der deutschnationalen Fraktion und Graf namens der Sozialdemokraten ablehnten. Die letzteren brachten einen Antrag ein, nach dem der bisherige gesetzliche Zustand aufrecht erhalten und über den Ausschußantrag sowie über den Antrag Rüger zur Tagesordnung übergegangen werden soll. Dafür trat auch die Unabhängige Frau Unger ein, worauf Hofheinz den Zusatzantrag begründete. Dieser fand Zustimmung bei Zentrumsabgeordneten und für die Deutsche (liberale) Volkspartei zeigte Weber, daß sie an dem sozialen Schutz der Sonntagsruhe nicht rütteln lassen wird. Minister Dr. Engler kommentierte die gesetzlichen Bestimmungen und meinte, der vom Reichsarbeitsministerium eingenommene Standpunkt dürfte unter den heutgen Verhältnissen der richtige sein; die zwölf Sonntage, an denen die Läden offen gehalten werden, dürften auch für die Verhältnisse unseres Landes genügen. Rückert wandte sich auch gegen den Zusatzantrag. Der sozialdemokratische Antrag wurde dann gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien und der Deutschnationalen Volkspartei abgelehnt und der Ausschußantrag samt dem Zusatz mit Mehrheit angenommen.

Um die Mittagsstunde begann die Beratung der sozialdemokratischen Förmlichen Anfrage und jener des Zentrums über die Umwandlung der „Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe" in eine „Reichsbahndirektion Karlsruhe". Von dem Wortlaut der beiden Interpellationen haben wir unseren Lesern Kenntnis gegeben. Die Begründung brachte gewissermaßen eine Generalabrechnung mit Berlin. All die Klagen und Beschwerden aus Eisenbahnerkreisen, von denen der Halbmondsaal im Laufe der zwei Jahre seit der Uebernahme der Bahnen durch das Reich so manchesmal wiederhallte, kehrten wieder und neue kamen dazu. Nicht allein Seuberts Rede war auf diesen Ton gestimmt, sondern auch die des Sozialdemokraten Wirth, der außerdem der Karlsruher Generaldirektion vorhielt, sie sei „preußischer als Preußen selbst" und habe gegenüber dem Reichsverkehrsministerium nicht das notwendige Rückgrat. Finanzminister Köhler antwortete, daß die angezogene Verfügung erlassen worden sei, ohne daß man mit Baden darüber verhandelt hatte. Die badische Regierung verlangt, daß die Verfügung des Reichsverkehrsministeriums vom 6. Juli 1922 aufgehoben wird, da sie ein Verstoß gegen den Sinn des Schlußprotokolls im Verreichlichungsvertrag ist. Baden hat nicht allein ein formelles, sondern auch ein sachliches Interesse. Das württembergische Finanzministerium und das sächsische Wirtschaftsministerium haben gleichfalls die Zurücknahme der Verfügung gefordert. Der badische Finanzminister hat nach Stuttgart und Dresden berichtet, daß er beim Reichsverkehrsminister vorstellig werden werde. Der Protest des badischen Staatsministeriums werde in den nächsten Tagen nach Berlin abgehen. Die badische Regierung werde ihre Pflicht tun. Der Minister bedauerte, daß die berufene Eisenbahnstelle in Karlsruhe noch nie mit dem Finanzministerium Rücksprache wegen dieser oder anderer Beschwerden genommen habe. Schärfer war die Tonart, die Dr. Schofer anschlug. Einleitend meinte er: Wenn das Reichsverkehrsministerium nicht von Gott und allen guten Geistern verlassen wäre, dann könnte sie nicht solche Dinge machen, wie sie sie schon wiederholt gemacht habe. Es habe den Anschein, als würden die Sonderrechte Badens in Karlsruhe nicht richtig gewahrt. Das sei bedauerlich. Das Vorgehen des Reichsverkehrsministeriums lassen wir uns nicht gefallen. Die Herren in Berlin dürfen sich über die politischen Wirkungen gar keinem Zweifel hingeben. Auf diesem Wege mache man die Reichseinheit kaput. (Sehr richtig!" beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die Referentenwirtschaft in Berlin treibt Orgien. Diese Dinge verbittern in einer Weise, die für die Reichseinheit gefährlich werden kann. Das ist nicht eine einzelne Erscheinung, über die heute Klage geführt wird. Wir haben noch mit anderen Dingen zu tun. Treue dem Reiche, aber auch Treue dem Lande Baden! Hoffentlich steht der Reichskanzler auf dem gleichen Standpunkt. Dann gab Wirth seiner Genugtuung über die Antwort der Regierung Ausdruck. Dr. Glockner erklärte, seine Fraktion sei mit der Regierungserklärung einverstanden, ebenso mit dem sozialdemokratischen Antrage. Der Redner nahm den Präsidenten der Generaldirektion gegen Angriffe in Schutz. Auch Weber von der Deutschen (liberalen) Volkspartei stimmte der Antwort der Regierung zu und stellte sich hinsichtlich der Angriffe gegen den Präsidenten der Generaldirektion auf den von Dr. Glockner eingenommenen Standpunkt. Damit war die Aussprache erledigt.

Einstimmig nahm hierauf das Haus folgenden von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag an: „Der Badische Landtag ist gewillt, alle dem Lande Baden im Staatsvertrag über den Uebergang der badischen Eisenbahnen an das Reich zustehenden Rechte voll und ganz zu wahren. Er ersucht die badische Regierung, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, diese verfassungs- und vertragsmäßigen Rechte des Landes und die wohlerworbenen Rechte der früheren badischen Eisenbahnbeamten zu schützen und zu vertreten". Ferner wurde — gleichfalls einstimmig — folgender von Zentrumsabgeordneten eingebrachter Antrag angenommen: „Der Landtag ist von der Erklärung des Finanzministers befriedigt und billigt seine bisherige Tätigkeit und die Haltung der Regierung". Hierauf wurde die Sitzung bis nachmittags ½5 Uhr vertagt.

*

— **Villingen**, 28. Juli. Der **Landesparteitag der badischen Zentrumspartei** wird hier am 10. September abgehalten.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 28. Juli 1922.

Karlsruher Herbstwoche 1922.

Die sportlichen Veranstaltungen.

= Nachdem über das künstlerische Programm eingehend berichtet wurde, seien heute die sportlichen Ereignisse erwähnt. Sie zeigen, daß die Landeshauptstadt ihren Rang als Sportzentrale behaupten will, indem sie eine Reihe von Sportarten zur Geltung bringt. Verschiedene Veranstaltungen gehen der Herbstwoche voraus. Im einzelnen sind vorgesehen:

26. August (Samstags), abends 8 Uhr, Athletik-Sport-Klub Germania Sportfreunde e. V. Große Sportvorstellung, verbunden mit Städtewettkampf im Ringen, Gewichtheben und Faustkampf, Karlsruhe-Stuttgart, unter Mitwirkung des 1. Europameisters im Gewichtheben Köhle (Stuttgart) und 2. Europameisters Otto Oesterlin (Karlsruhe), ferner des 1. Deutschen Kampfspielmeisters im Gewichtheben Lang (Stuttgart) sowie bekannter Ringer und Boxer (Colosseum). 3. September Fußball-Städtewettspiel. — 10. September: Staffellauf des Stadtausschusses für L. u. J. (Bis jetzt liegen zirka 15 Meldungen vor.) Endlauf im Stadtgarten. Der Lauf ist als Auftakt der engeren Herbstwoche gedacht. 17. und 24. September: Tenniswettspiel des Karlsruher Eislauf- und Tennisvereins e. V. auf dessen Plätzen am Kühlen Krug. 17. September: Herbst-Regatta des Karlsruher Regattaverbandes. 17. September: Wettfechten des Bad. Fechterverbandes (Zentralturnhalle). 1. Oktober: Schauschwimmen mit Vereinswettkämpfen. Karlsruher Schwimmverein e. V. (Vierordtbad). 15. Oktober: Schauturnen „Kraft und Anmut", Karlsruher Männerturnverein e. V. (Festhalle).

*

× **Der Hohenwarter Mörder festgenommen.** Der des Mordes in Hohenwart bei Pforzheim verdächtigte 22 Jahre alte Metzger Karl Kern wurde am 27. Juli 1922 am Hauptbahnhof hier durch einen hiesigen Polizeibeamten auf Grund der Personalbeschreibung ermittelt und festgenommen. Er gestand nach einem Verhör die Tat ein.

— **Die bisherigen Pensionsabteilungen für das ehemalige Heer und die ehemalige Marine,** sowie die Pensionsabteilungen für ehemalige bayerische Offiziere in München, für ehemalige sächsische Offiziere in Dresden und für ehemalige aktive württembergische Offiziere in Stuttgart sind zu dem „Reichspensionsamt für die ehemalige Wehrmacht" vereinigt worden. Der Sitz des Präsidiums des Reichspensionsamtes ist Berlin. Die Anschrift lautet Berlin S.W. 48, Verl. Hedemannstraße 8. Die ehemaligen Pensionsabteilungen bleiben als Abteilungen des Reichspensionsamtes an ihren bisherigen Sitzen. Das Reichspensionsamt und die ihm unterstellten Abteilungen bearbeiten sämtliche Pensionierungsfragen der ehemaligen aktiven Offiziere des Heeres und der Marine und der ehemaligen Militärbeamten sowie der Hinterbliebenen dieser Personen.

Keine Erhöhung der Eisenbahngütertarife. In den letzten Tagen waren in Industrie- und Handelskreisen Gerüchte von einer angeblich schon zum ersten August bevorstehenden neuen Erhöhung der Eisenbahngütertarife verbreitet. Der „Deutsche Handelsdienst" ist demgegenüber nach Erkundigungen an amtlicher Stelle zu der Feststellung in der Lage, daß für die nächste Zeit keine Erhöhung der Gütertarife auf der Eisenbahn geplant ist. Ob die gegenwärtigen Sätze über kurz oder lang einer Aenderung unterzogen werden müssen, hängt von der Aenderung des Markkurses ab.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Stationen	Luftdruck in Meeres-Niveau	Temperatur C°	Gestrige Höchstwärme	Niedrigste Temper. nachts	Wetter
Wertheim	—	14	19	13	halb bedeckt
Königstuhl	763.7	11	18	10	wolkig
Karlsruhe	764.2	13	23	13	bedeckt
Baden-Baden	763.1	14	22	16	"
Badenweiler	—	13	23	14	"
St. Blasien	—	13	19	7	halb bedeckt
Villingen	764.3	12	21	11	Regen
Feldberger Hof	653.7*	8	15	8	Nebel

Allgemeine Witterungsübersicht. Ein über Südfrankreich und Norditalien lagernder Tiefdruckausläufer hat gestern in Süddeutschland wieder Regenfälle gebracht. Heute beginnt die Bewölkung abzunehmen, da sich das von der Biscayasee vorstoßende Hochdruckgebiet stärker geltend macht. Der Einfluß des Hochdruckgebietes wird noch zunehmen, sodaß für morgen weitere Besserung der Witterung bevorsteht.

Wetteraussichten für Samstag, den 29. Juli 1922: Abnahme der Bewölkung, keine erheblichen Niederschläge, etwas wärmer, schwache nördliche Winde.

Wasserstand des Rheins:

Schusterinsel, 28. Juli, morg. 6 Uhr: 2,92 m, gef. 8 cm.
Kehl, 28. Juli, morg. 6 Uhr: 3,73 m, gef. 17 cm.
Maxau, 28. Juli, morg. 6 Uhr: 5,81 m, gef. 2 cm.
Mannheim, 28. Juli, morg. 6 Uhr: 4,95 m, gef. 20 cm.

Der Tschamper.

Das Verwandlungswort.

Von Artur Iger.

Worte sind Schall und Rauch, sagt Goethe, es gibt aber auch Worte, die einem mit ihrem unterschiedlichen Schalle das Leben herzlich sauer machen können. Das habe ich auf meiner jüngsten Rundreise durch Süddeutschland kennen gelernt. Ehe ich diese Rundreise antrat, verabschiedete ich mich telephonisch von meiner Tochter, die in einer Mannheimer Pension das Kochen lernt. Zuletzt fragte ich sie, was sie sich für ein „Mitbringsel" von meiner Rundreise wünscht. „Ach, dann bring mir doch bitte einen Tschamper mit, lieber Papa", bettelte sie, „meine Freundinnen haben alle schon einen, nur ich nicht. Aus Kunstseide, Größe 44, Farbe weinrot, blaßblau abgesetzt."

Ich notierte: „Tschamper, Kunstseide, Größe 44, Farbe weinrot, blaßblau abgesetzt." „Wenn ich ihn auftreiben kann, sollst du ihn haben mein Kind," sagte ich, „aber höre mal — — — bist du noch dort? — haaa — — loo — — — haaa — lo!"

Gerade wollte ich fragen, was denn eigentlich ein „Tschamper" sei, da waren die drei Minuten um, und wir waren getrennt.

Wenn ich meiner Tochter nur irgendwie einen Wunsch erfüllen kann, dann tue ichs. Sie soll also ihren Tschamper haben, sofern er nur einigermaßen erschwinglich ist.

In Frankfurt betrete ich auf der Zeil einen Laden, in dem es allerhand zu kaufen gibt; Taschenkämme und Tennisbälle, Handspiegel und Ledergürtel. Ich betrete das Geschäft.

„Ich möchte gern einen Tschamper haben, liebes Fräulein," sage ich zu der Bedienungsmaid.

„Einen Tschamper?" Sie guckt mich verständnislos an. Plötzlich leuchten ihre Augen auf, ein leichtes Lächeln hebt die Mundwinkel. „Sie meinen wohl einen Jumper, mein Herr."

„Ja, ja", beeile ich mich zu erklären, „ich meine allerdings einen Jumper."

„Die haben wir leider nicht. Da gehen Sie am besten in ein Spezialgeschäft für Jumpers."

Dankend verließ ich den Verkaufsraum. Ich mußte eiligst zum Bahnhof, denn mein Zug, der mich in die alte Mainstadt Würzburg bringen sollte, stand schon bereit.

Auf der Fahrt lernte ich eine liebenswürdige Würzburgerin kennen. Wir unterhielten uns im Speisewagen über dies und das, und schließlich lenkte ich das Gespräch auf das „Mitbringsel" für meine Tochter. Sie wünschte sich heiß einen Jumper, und ob sie mir nicht sagen könnte, wo ich den wohl am besten kaufen könnte.

Die Würzburgerin sah mich so mißbilligend von der Seite an, als hätte ich mit der größten Gemütsruhe ein unanständiges Wort ausgesprochen. Nanu? Meine wohlerzogene Tochter wird sich doch nichts Unanständiges gewünscht haben?

„Ihr Fräulein Tochter wünscht sich augenscheinlich einen Tschemper. Den kaufen wir am besten . . ." und dann nannte sie mir ein großes Modehaus in der Kaiserstraße in Würzburg.

Ich dankte wiederum höflich, doch mit der Liebenswürdigkeit meiner Fahrtgenossin war's ein für allemal vorbei. In Würzburg war mein erster Weg zu besagtem Modehaus. Die jungen Mädchen kicherten in den Ecken, als ich erklärte, einen „Tschemper" kaufen zu wollen. Schließlich kam die Direktrice. Ich bemerkte, wie sie sich gewaltsam das Lachen verbiß.

„Sie suchen sicherlich einen Jomper," belehrte sie mich. „Darf ich fragen, welche Größe, mein Herr?"

Ich zog mein Notizbuch. „Kunstseide, Größe 44, Farbe weinrot, blaßblau abgesetzt," las ich ab.

„Bedaure lebhaft, mein Herr. Größe 44 haben wir, aber nur in reiner Seide, und auch nur dunkelblau abgesetzt."

Das war also wieder mal nichts. In Konstanz, am lieblichen Bodensee machte ich meinen letzten Versuch. Als ich dort die Räume eines großen Kaufhauses betrat ging es mir so, als wenn ich gefragt hätte, ob soeben eine Frau Fitzliputzli etwas gekauft hätte. Als ich der Empfangsdame auseinandersetzte, ich müsse unbedingt einen Jomper haben, starrte sie mich an, als hätte sie einen entsprungenen Irrsinnigen vor sich. Die Ladnerinnen machten einen weiten Bogen um mich und blickten mich scheu von der Seite an. Der Dolmetscher wurde geholt und nahm mich in ein Kreuzverhör. Endlich ging ihm ein Licht auf.

„Der Herr meint einen Djömper," verkündete er dem versammelten Personal. Er sprach das Wort „Djömper" mit unnachahmlicher Zartheit aus.

„Ah, einen Djömper," so ging es lächelnd von Mund zu Mund, von der statiösen Empfangsdame bis zum kleinen Lehrmädchen.

Hier bekam ich schließlich, was das Herz meiner Tochter begehrte. Größe 44, Kunstseide, weinrot, blaßblau abgesetzt. Wenn ich freilich an den Preis denke, den ich für das Kunstwerk zahlen mußte, dann kann ich nicht umhin, die Briefe an meine Aelteste mit den Worten „Teure Tochter" beginnen zu lassen.

In Bad Mergentheim, wohin ich dann zur Aufarbeitung meiner angeriffenen Galle fuhr, lernte ich eine Deutsch-Amerikanerin, die im Staate Ohio ansässig ist, kennen. Ihr erzählte ich von meinen Erlebnissen mit jenem Bekleidungsstück, das als „Tschamper, Jumper, Schemper, Tschemper, Jömper" usw. in den verschiedensten Landesteilen Deutschlands in allen Klangschattierungen schillert. Die Dame mußte herzlich lachen.

„Bei uns in Ohio ist die Bekleidung längst eingeführt," setzte sie mir auseinander. „Wir haben im Deutschen Klub alle ein gleichfarbiges Bekleidungsstück dieser Art und nennen es Schlüpfer."

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

∧ **Einer der Bahnbrecher der modernen Experimentalpädagogik,** Professor Dr. Wilhelm August Lay vollendet am Sonntag, den 30. Juli, sein 60. Lebensjahr. Er war ehemals Volksschullehrer, studierte dann in Karlsruhe und Freiburg Mathematik, Naturwissenschaft und Philosophie und wirkt seit 1893 am Lehrerseminar II in Karlsruhe. Vielen Hunderten badischer Volksschullehrer hat er dabei entscheidende Einstellungen zu Leben, Beruf und Wissenschaft mitgegeben. Als Begründer einer lebensgemeindlichen Tatpädagogik und als wissenschaftlicher Didaktiker hat er sich bleibende Verdienste um die pädagogische Wissenschaft erworben. In mehr als zwanzig Büchern und Broschüren und einer sehr großen Zahl von Abhandlungen ist seine wissenschaftliche Arbeit niedergelegt. Seine Werke über experimentelle Didaktik, Tatschule und Volkserziehung sind ins Schwedische, Russische, Bulgarische, Tschechische, Englische, Ukrainische, Japanische und Französische übersetzt. Zwei umfangreiche Arbeiten berichten zusammenfassend über Lay's Schriften: Professor Dr. Burger „Die experimentelle Pädagogik von W. A. Lay" und A. Peyser: „W. A. Lay Pioneer in the Field of he Experimentel Pädagogy".

Die Millionenerbschaft der Goethe-Gesellschaft. Wie erinnerlich, hat ein Fräulein Marianne Heyden in Essen ihr gesamtes Vermögen im Betrag von etwa 12 Millionen Mark der Goethe-Gesellschaft letztwillig vermacht. Die Verwandten haben unter Anzweiflung ihrer Zurechnungsfähigkeit das Testament angefochten, wurden aber vom Landgericht Essen mit ihrer Klage abgewiesen. Nach einem mit der Weimarer Gebietsregierung geschlossenen Vertrage erhalten jetzt die „Vereinigung der Freunde des Goethehauses in Weimar" und die „Goethe-Gesellschaft in Weimar" je eine Hälfte des Erbes.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Kaminfegergebühren im Landbezirk Karlsruhe betr.

Auf Grund des § 77 Gew.-O., § 25 der Kaminfegerordnung vom 29. November 1921, §§ 113, 134 P.-St.-G.-B. wird die bezirkspolizeiliche Vorschrift für die Landgemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe vom 6. Mai 1920 in der Fassung vom 28. Februar 1922 mit Wirkung vom 1. Mai 1922 ab und vorbehaltlich einer weiteren, sofort durchzuführenden Aenderung, wie folgt geändert:

Der § 3 erhält folgende Fassung:

Zu den in § 2 erwähnten Grundtaxen ist bis auf weiteres ein Teuerungszuschlag in Höhe von 700 Prozent der einzelnen Taxe zu zahlen.

Karlsruhe, den 24. Juli 1922. 10559

Bezirksamt Abt. II. O.-Z. 102.

Anna Wittmann B28842
Richard Wild
Verlobte
Kronweiler Juli 1922 Neuenbürg

Karlsruher Turngau (Kreis X Baden).
Sonntag, den 30. Juli 1922
I. Gaufrauenturnen
auf dem **Turnvereins-Turn-** und **Sportplatz** in **Durlach.** 2781a
Vorm. 10 Uhr: **Einzelwetturnen.** — Nachm. 2 Uhr: **Allgemeine Freiübungen — Vereinswertungsturnen — Sondervorführungen.** — 6 Uhr: **Siegerverkündigung.**
Abends 8 Uhr in der **Festhalle Festball.**

Freie Schuhmacher-Innung
für die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe u. Durlach.

Bekanntmachung.

Durch das enorme Steigen der Rohmaterialien, der Löhne, sowie Lebensmittel sind wir gezwungen, die Preise zu erhöhen. Die neuen Preisberechnungen sind in der Genossenschaft, sowie in den Lederhandlungen für die Herren Schuhmachermeister erhältlich und sind für die Kunden in jedem Geschäft ersichtlich anzubringen.

Anmerkung: Während des Druckens der Berechnungen ist das Kilo Leder um weitere ℳ 10.— im Preise gestiegen. Diese und jedes weitere Steigen der Materialien sind jeweils in Anrechnung zu bringen. **(Siehe Preisberechnungen am Schluß).** 10555

Der Vorstand.

Alte Brauerei Kammerer.
Waldhornstr. 23. — Fernsprecher 5691.
Heute Schlachttag
Gute bürgerl. Küche, reine Qualitätsweine. — Den verehrl. Vereinen und Gesellschaften empfehle meinen schönen grossen Saal. 6183 Otto Kappler.

Neue
Schneider-Abfälle
kaufen laufend und zahlen die höchsten Preise. 10394
Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.,
Beiertheimer-Allee 8. Tel. 801 u. 702.

Neue
Kartoffeln
Pfund **Mk. 6.—**
in
Bucherer's
Filialen
10566

Transmission

1 Welle 4½ m 50mm Durchm.
1 do. 3m 50mm Durchm.
4 Lager mit Konsol 50 mm Durchm.

1 eiserne Riemenscheibe	800/100/50 mm	Durchm.
1 do. do.	650/200/50 mm	"
1 do. do.	400/200/50 mm	"
1 hölzerne do.	700/150/50 mm	"

preiswert abzugeben.
Schnurmann & Cie.
Degenfeldstraße 4. B28848

Herren- u. Damenräder
2 Rennräder, 2 Halbrenner, 2 Damenräder, 2 Tourenräder, 1 Geschäftsrad und Fahrradgummi, alles preiswert zu verkaufen.
10567 **Fahrradhandlung Schützenstraße 55.**

Beleidigungssache.
Die Beleidigung gegen Fräul. **Haffelder** nehme ich unter Bedauern als unwahr zurück. B28826
Frau Körner,
Zähringerstraße 8, III.

Platz 524
Konzerthaus!
Dienstag 25. Juli, wenn Inter. vorh. bitte Adr. 2779a an die Bad. Presse.

Tüchtige, geschäftsgewandte Wwe. wünscht per 1. Oktober od. früher
Filiale
gl. welcher Branche zu übernehmen. Kaution wird evtl. gestellt.
Angeb. unt. Nr. B28854 an die „Bad. Presse".

Fuhre Mist
und **gelbe Dogge** zu verkaufen. B28648
Rüppurrerstr. 96, 1. St.

---

4 % Communal Obligationen Serie II der Pester Ungarischen Commercial-Bank, Budapest.

Die seit 1. April 1919 fällig gewesenen Kupons und verlosten Stücke obiger Obligationen werden an meinem Schalter in den üblichen Kassenstunden wieder **zum vollen Nennwerte in Mark eingelöst.** 10565

Veit L. Homburger.
Karlsruhe, 27. Juli 1922.

Ata
bestes
Putz- u. Scheuermittel
Unentbehrlich
in Haus, Werkstatt, Fabrik.
Henkel & Cie.
Düsseldorf

Tisch- Bett- Wäsche
bearbeitet
Schorpp
Kragen-Wäscherei.
1580

Kaufgesuche

Kleiderschrank, Vertiko und **1 Diwan** zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. B2 804 an die „Bad. Presse".

Komfortable Villa
geg. Tausch in gut. Lage ges. Angeb. unter 10508 an die „Bad. Presse".
Vermittler verbeten.

Herrschaftshaus
in guter Lage gesucht nach **Dollarwährung** da bei steigend. Kurs nach 1 Jahr entsprech. Kaufpreisaufzahlg. erfolgt. Offert. u. 10572 a. die Bad. Presse.

Haus
zu kaufen gesucht mit 6—8 Zimmer pro Stockwerk, sonnige Lage, elektr. Licht, großer Garten u. Hof. Bismarckstr. bevorzugt. Angeb. unt. 10558 an die „Bad. Presse".

Zu kaufen gesucht:
Schnellbohrmaschine
20 bis 25 mm 10540
Sägebock für Metallsäge
H. Beier & Co., G. m. b. H.,
Karlsruhe, Karlstr. 24.

Zu verkaufen

Gartenhäuschen
mit Ziegeldach **zu verk.** Bismarckst. 17, 1 Tr. B2 898

Rudolf Vieser
Karlsruhe
Gegründet 1888 — Kaiserstr. 153
Gegründet 1888 — Fernruf 740

Meiner verehrten Kundschaft und Interessenten zur Kenntnisnahme, daß ich mit heutigem Tage meine

Erstklassige Handarbeits-Kunstwerkstätte

eröffnet habe, zu deren Besuche und meiner dauernd zeitgemäßen

Ausstellung eigener Erzeugnisse

ich hiermit ergebenst einlade.

MOTOREN
120 V., 3 und 4 PS. wenig gebr., preisw. zu verkauf.
Grund & Oehmichen
Waldstraße 26. 10343

Guterh. Hochzeitsanzug
Ia-Stoff, mittl. Fig., 1 P. guterh. **Reitstiefel,** Gr. 42 zu verk. Klauprechtstraße 20, Stb. I. B28862

ABC

Die neuen Batschari-Preise:

Neipner	*Stück*	*2.—*
Cyprienne	"	*2.—*
Mercedes	"	*2.50*
Horizont	"	*2.50*
Delecta-Mea	"	*3.—*
Longfellow	"	*3.—*
Fürst-Fürstenberg	"	*3.—*
Imperator	"	*3.—*
Batschari Preis	"	*3.50*
Batschari Krone	"	*4.—*
Stephanie	"	*6.—*
Union-Klub	"	*8.—*
Cordon Rouge	"	*10.—*
Weltstern		*2.-4.—*

---

3 mal *Kopfwaschen* **10.- Mk.**

mit Kölnisch-Wasser-Champoon Original Johann Maria Farina. Grosse Packung 10.— Mk. in allen Drogerien und Friseur-Geschäften oder Sabolgesellschaft Durlach.

Ein Patent
zu verkaufen. Wo sagt unter Nr. B28832 die „Badische Presse".

Eichener Schreibtisch und Büfett schwarz, preiswert **zu verkaufen.** Mittags 1-2 Uhr, abends 6-7 Uhr. Händler verbeten.
10563 Sofienstr. 178, II.

Preiswert abzugeb. 9 Stück gute, neue **Betttücher,** feldgr. **Paletot** 550 Mk., **eleg. Damenstiefel** Nr. 39, lederne **Handreisetasche** und **Reisehandkoffer.**
10575 Herrenstr. 20, 1 Tr. r.

Mikroskop
noch neu, m. Oel-Immersion zu verk. Angeb. unt. B28792 an d. Bad. Presse.

Guterhalt. **Herrenrad** mit Freilauf zu verkf.
B28812 Winterstr. 40, V.

Herrenrad, bereits neu, Marke Gritzner, zu verkauf. Kaiserallee 55. Eing. Nelkenstr. B28644

Kostüm, eleg.
Gr. 44—46, schwarz-weiß kariert, **sehr billig zu verkaufen.** B28814
Gg.-Friedrichstr. 34, IV. r.

Offene Stellen

Geiger
ab 7 Uhr abds. gesucht, sowie eine 10577
Putzfrau.
Eden-Lichtspiele
Kaiserstraße 5.
Sich melden ab 6 Uhr.

Jüngeres Mädchen
sofort gesucht. B28820
Fr. Rößler, Bäckerei
Markgrafenstraße Nr. 36.

Eisenhändler gesucht.

Wir suchen per 1. Oktober, evtl. früher

für unsere Abteilung Kleineisenwaren

insbesondere für Rechnungswesen, Korrespondenz, Verkauf und Expedition mehrere

tüchtige Herren

die derartige Posten bereits mit Erfolg bekleidet haben. Ferner

für unsere Abteilung Stabeisen

mehrere

tüchtige, junge Fakturisten

mit hübscher Handschrift und genügenden Branchekenntnissen. Außerdem

für unsere Abteilungen Lahr, Stuttgart und München

zum Besuch der in Betracht kommenden Kundschaft

durchaus branchekundige und gewandte Herren mit guten Beziehungen.

Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften erbeten an 2728a

S. Weil, G. m. b. H., Lahr (Baden).

Nach Mittelbaden wird für eine kleinere Maschinenfabrik ein jüngerer A1303

Beamter für die Expedition

gesucht. Derselbe hätte in erster Linie den Ein- und Ausgang zu überwachen. Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lichtbild erbet. unt. K. E. 2945 an **Ala-Haasenstein & Vogler, Karlsruhe.**

Stellengesuche

Junge Frau übernimmt
Heimarbeit
einerlei welch. Fach. Auch ist gute Handschrift vorh. Angeb. unter Nr. 2814a an die „Bad. Presse".

Tüchtige, junge
Schneiderin
bisher selbständig, **sucht Stellung,** wo sie auch im Verkauf tätig sein kann, in feinerem Konfektionsgeschäft. Gefl. Angebote unter Nr. B28856 an die „Badische Presse".

Kaufmann
24 Jahre alt, **sucht sofort Stellung** in Kolonialwarenbranche, Büro, Magazin oder Filialleiter. Angebote unt. Nr. 2813a an die Expedition der „Badischen Presse".

Zu vermieten

Besser möblierte
3 Zimmerwohnung
mit Küchenbenützung **zu vermieten.** Angebote unter Nr. B28794 an die „Bad. Presse".

Zimmer zu vermieten bei **Schneider**
Seminarstr. 6, V. B28841

Mietgesuche

Dauermieter **sucht** für sofort oder später
gut möbliertes Zimmer
elektr. Licht erwünscht.
Angeb. u. Nr. B28778 an die „Bad. Presse".

Freundliches
möbliertes Zimmer
möglichst mit Pension od. leeres Zimmer, evtl. mit Kochgelegenheit, sof. gesucht. Preis Nebensache. Gefl. Angebote unt. Nr. B28790 an die Badische Presse erbeten.

Heizbares Zimmer
mit od. ohne Möbel auf sof. oder später gesucht. Angeb. unter B28800 an die „Bad. Presse".

Einfaches, helles
Zimmer
in freier Lage od. Vorort. von Herrn gesucht. Angeb. unter B28796 an die „Bad. Presse".

Beamt. sucht auf 1. Aug.
gut möbliertes Zimmer.
Angeb. unt. Nr. B28834 an die „Bad. Presse".

Jg. Mann, der meiste Zeit auswärts, **sucht** sofort oder 1. August
möbl. Zimmer.
Angeb. unter Nr. B28852 an die „Bad. Presse".

Pension
für Ausländer (Schüler) per sofort **gesucht.**
Offerten u. Nr. 10571 an die „Bad. Presse".

Fakturist.

Eisen- und Metallgroßhandlung in Baden sucht per 1. Oktober tüchtigen und gewandten Fakturisten aus der Eisenbranche im Alter von 20—25 Jahren. Offerten mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften unter Nr. 10561 an die Expedition der „Bad. Presse" erbeten.

---

1 **tüchtiger**
Automechaniker
und einige **jüngere**
Fahrradmechaniker
per sofort gesucht. 10537
Franz Zerr,
Wilhelmstr. 63.

Zimmerleute
für sofort und später **gesucht.** A1304
Roost u. Vetter.
Karlsruhe, Bismarckstraße 47, Fernsprecher 4872—73.

---

2 Zimmerleute
für Eisenbetonbau werden sofort eingestellt.
Zu melden bei Polier **Neu.** Werkstättenneubau Gaswerk II (Schlachth.) 10582

Hiesiges größeres kaufmännisches Büro sucht für sof. einen geweckten, sauberen
Laufburschen
aus anständiger Familie, der auch mit leichteren Registraturarbeiten beschäftigt werden kann. Alter etwa 15—16 Jahre. Schriftliche Angebote u. 10562 an die Bad. Presse.

Für 2 kaufmännische Beamte, Anfang 20er, suchen wir sofort je eine
möbl. Wohnung
möglichst Weststadt. 10502
Kyffhäuserhütte, Karlsruhe-Rheinhafen.

Damentaschen · Besuchstaschen
Aktenmappen und Klein-Lederwaren
Nur beste Fabrikate
10536

noch zu billigen Preisen

Kaufmanns Etagengeschäft
für Offenbacher Lederwaren
Steinstraße 6 II. Steinstraße 6 II.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

28. Juli

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Handelszeitung der Badischen Presse.

Nr. 343

Wertpapierbörsen.

Frankfurter Börse vom 28. Juli.

Devisen sehr fest. — Effektenmarkt lebhafter. — Ostrenten gefragt.

ep. **Frankfurt**, 28. Juli. (Drahtmeldung unserer Frankfurter Handelsvertretung.) Die Verweigerung einer Herabsetzung der deutschen Ausgleichszahlungen sowie die Verzögerung der Reparationsfrage bewirkten auf dem Devisenmarkt eine sehr erhebliche Versteifung. Die Umsätze waren ziemlich lebhaft, die Tendenz fest und steigend. Gegen 1 Uhr notierten Kabel Newyork 545.

An den Effektenmärkten leichte Kursbesserungen, besonders am Chemiemarkt. Der rheinisch-westfälische Montanmarkt liegt im allgemeinen still. Von Bergwerksaktien sind fest Deutsch-Luxemburg plus 15, Rhein. Stahl plus 40. Von Oberschlesiern sind Car minus 12, Kaliaktien wieder lebhaft gehandelt, Westeregeln plus 28. Chemische Aktien durchweg gefragt. Scheideanstalt plus 46, Anilin plus 6, Griesheim plus 32, Elberfelder plus 24, Höchster Farben plus 7½. Maschinenwerte sind anziehend. In Elektrowerten sehr kleine Umsätze bei eher schwacher Haltung. Südd. Zuckerwerte durchschnittlich nachgebend.

Deutsche Reichsanleihe behauptet. Großes Geschäft herrschte wieder am südosteuropäischen Rentenmarkt. Ungar. Gold bei außerordentlich großen Umsätzen und sprunghafter Steigerung 820, 850, 865, ungar. Kronen bis 410. Im Vordergrund des Interesses standen österr. Werte, die sehr anzogen. Auch Türkenwerte fest. Zolltürken 570. Besonders scharf gesteigert waren Türkenlose. Der Freiverkehr lag fast unverändert.

Berliner Börse vom 28. Juli.

Freiverkehr. Kolonial-Anteile 7500, Deutsch Petroleum 1200, Adler Kali 1250, Becker Stahlwerke 525, Benz Motoren 500, Zellstoff Umnach 660, Deutsche Lastauto 325, Frister Roßmann 3700, Glückauf Braunkohle 440, Halbach Maschinen 410, Hallescher Kali 1225, Hannoverscher Kali 1050, Hansa Lloyd 270, Heidburg Vorzug 1350, Kabel Reydt 600, Karstadt 255, Krügershall 710, Mannesmann Mulag 445, Mansfelder Aktie 350, Nonnenberg Alkali 2700, Scheidemandel 1575, Tiag junge 415, Trierer Walzwerke 700, Ufa Film A.-G. 220, Wolff Magdeburg 720, Zeitzer Chem. Werke 925 Pomona 23500, Petersburger Int. Bank 131.75, Russische Bank für ausländ. Handel 125¼, Internat. Petroleum-Union 2300.

Mannheimer Börse vom 28. Juli.

Mannheim, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht). Freiverkehr. Atlas Lebensversicherungsgesellschaft 225 B, Baumwollspinnerei Lampertsmühle 800 G, Bad. Motorlokomotiven 280 G 300 B, Bammentaler Tapeten 500 G 525 B, Brown, Boveri u. Co. 360 G 375 B, Erste Deutsche Ramie 350 G, Entreprises 4000 G 4100 B, Gebr. Fahr 560 G 570 B, Flinck Bronce 130 G 150 B, Germania Linoleum 810 G 830 B, Gummi Neckar 240 G 260 B, Helvetia Konserven 500 G, Ingelheimer Maschinen 105 G 120 B, C. H. Knorr 475 G 485 B, dto. junge nicht gehandelt. Kraichgauer Maschinen 180 G, 200 B, Rastatter Waggon 560 G 570 B, Rheinmühlenwerke 500 G, Stahlwerke Mannheim 900 G 950 B, Südd. Jute 1900 G 1950 B, Ufa 220—230. Wünschels Erben 800 B. Württembergische Elektrizitätswerke wurden nicht genannt. Bei kleinem Geschäft war die Tendenz schwächer.

Waren und Märkte.

Bodenerzeugnisse

Berliner Produktenmarkt vom 28. Juli.

Fest, bei lebhaftem Begehr alter Ware.

hd. **Berlin**, 28. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Handelsschriftleitung.) Unter dem Einfluß scharfer Steigerung der Devisen war heute die Marktlage umso fester, als die andauernd nasse Witterung und die sich daran knüpfenden Befürchtungen für die neue Ernte ein allseitiges Reißen nach alter Ware veranlaßte. Das Angebot von Weizen war sehr gering und die geforderten Preise wurden meist schnell bewilligt. Auch für Roggen ging die Preisbewegung kräftig aufwärts, da das Angebot im Hinblick auf die vergleichsweise hohen Maispreise aus erster Hand zurückhaltend geworden ist. Gerste dringend gesucht. Wintergerste wurde nach Muster zum Teil auch an Brauereien gehandelt. Für alte Sommergerste wurden teils höhere Preise als gestern notiert angelegt.

Hafer dauernd knapp, sodaß die für hier und Westen bestehende Kauflust erhebliche Mehrforderungen bewilligte. Mais ist in erster Hand durch höhere amerikanische Forderungen und durch die Dollar- und Guldenhausse aus dem Markt gedrängt. Die zweite Hand erhöhte ihre Forderungen. Mehl hatte lebhaftes Geschäft. Auch Futterstoffe etwas begehrt. Amtliche Notierungen vom Frühmarkt (alles pro 50 Kilo). Hafer 1160—1165, Roggenkleie 740. Kartoffelnotierung (amtlich). Neu weiße 340—350, neue rote Speisekartoffeln 300—310, blau 378—380.

Rauhfutternotierungen (Nicht amtlich, alles pro 50 Kilo ab Station). Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 215—245, desgl. Haferstroh 215—245, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 200—230, gebündeltes Roggenlangstroh 215—245, loses und gebündeltes Grummtstroh 180—200, Häcksel 280—295, handelsübliches Heu 430—480, gutes Heu 500—550.

Zum Inkrafttreten des Sachleistungsabkommens.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine „Bekanntmachung betreffend Ausführung von Reparationslieferungen im freien Verkehr an Frankreich" sowie die „Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission über die Ausführung der im Friedensvertrag übernommenen Sachleistungen gegenüber denjenigen Regierungen, die dieser Vereinbarung beigetreten". Gemäß Artikel V dieser Vereinbarung können diejenigen Waren, deren Ausfuhr entweder gänzlich verboten ist oder nur im Rahmen eines festgesetzten, in den Zeitungen oder Handelszeitschriften veröffentlichten Kontingents zugelassen werden kann, weiterhin nur in dem durch den Friedensvertrag vorgesehenen Verfahren bezogen werden. Die Liste dieser Waren gilt als zurzeit vollständig. Die Liste wird alle drei Monate im Einvernehmen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission einer Durchsicht unterzogen. Die erste Durchsicht findet am 1. Oktober 1922 statt.

Gegenwärtig umfaßt die Liste: 1. Künstliche und natürliche Düngemittel mit Ausnahme von Kali, sofern es nicht mit anderen künstlichen Düngemitteln gemischt ist. 2 Futtermittel aller Art. 3. Getreide, Gemüse- und Futterhülsenfrüchte mit Ausnahme von Saatgut. 4. Tiere und verzehrbare Erzeugnisse von Tieren mit Ausnahme der Seefische, Hunde, Vögel (ausgenommen Geflügel). 5. Milch, Butter, Käse, Eier und Honig. 6. Holz aller Art mit Ausnahme von Holzfabrikaten. 7. Oelfrüchte. 8. Speiseöle und -fette. 9. Kartoffeln, Rüben aller Art und Küchengewächse. 10. Obst. 11. Zucker aller Art. 12. Reis, roh und poliert, außer Reiserzeugnissen. 13. Müllereierzeugnisse (ausgenommen aus Reis) und Hülsenfrüchtemehl. 14. Bier. 15. Obstwein (mit Ausnahme von Traubenwein) in Mengen über 1000 Liter. 16 Stärke und Stärkeerzeugnisse außer Reisstärke. 17. Hefe. 18. Kaffee-Ersatzmittel. 19. Teigwaren, Backwerk, Zuckerwerk, Fleisch-, Gemüse- und Obstkonserven. 20. Zement aus inländischer Kohle hergestellt. 21. Stahlschrott und Gußbruch. 22. Paraffin. 23. Benzol. 24. Leder. 25 Schuhwaren. 26. Inländische Häute und Felle. 27 Inländische Gerbrinde.

Die „Liste B der Waren, deren Gehalt an ausländischen Rohstoffen so erheblich ist, daß ihre Lieferung nur gegen Barzahlung des Wertes der in ihnen enthaltenen ausländischen Rohstoffe erfolgen kann", umfaßt folgende Waren:

Die Halbfabrikate aller Metalle (gegossen oder gewalzt) Durchschnittsanteil der ausländischen Rohstoffe in Prozenten 75 Prozent, grobe und feine Waren aus Kupfer oder Kupferlegierungen 60 Proz., Apparate für Brauerei-, Brennerei-, Zuckerindustrie und ähnliche Industrien 50 Proz., Armaturen für Kessel- und Röhrenanlagen 50 Prozent, elektrische Kabel, isolierte Leitungen, Akkumulatoren 90 Prozent, Dynamomaschinen, Elektromotoren, Umformer, Transformatoren 35 Prozent, Roheisen und Rohstahl 55 Prozent, Walzwerkserzeugnisse 35 Prozent, folgende chemische Erzeugnisse: Borsäure und Borax, Wein- und Zitronensäure, Jodsalze, Chrom- und Kupferalaun, Bleioxid, Zinnoxid, Bleizucker, Brechweinstein, Tannin, Gold-, Silber-, Zinn-, Blei-, Wismuth- und Kupfersalze, Quecksilber- und Molybdänverbindungen, Cochenille, Bleimennige, Bleiweiß, Kupfersulfat, Zinnober, Schwefelfaden, Schmelzfaden, Gerbstoffauszüge 90 Prozent, Erzeugnisse der Oel- und Fettindustrie: Ernährungsöle, technische Oele, feste Fettsäuren, Seifen, Glyzerin, Lanolin, Schmiermittel, Firnisse und Oelfarben, Lacke und Kitte 80 Prozent, Kautschuk-, Asbest- und Korkwaren 80 Prozent, Garne und Gewebe 90 Prozent, andere Textilwaren 55 Prozent, zugerichtete Edelfelle, Pelzwaren und Leder jeder Art 80 Prozent, Erzeugnisse der Sattlerei, Täschnerei, Kofferwaren, Erzeugnisse der Handschuh- und Schuhindustrie. Treibriemen 50 Prozent, Besen, Bürsten, Pinsel und Flechtwaren 45 Prozent, eingeführte Rohstoffe, die in Deutschland nur eine unerhebliche Verarbeitung erfahren haben (noch zu bestimmen).

Für die in der Liste B aufgeführten Gegenstände muß der Erwerber, wenn sie in dem durch diese Vereinbarung geordneten Verfahren gekauft werden, Barzahlung in Höhe des in der Liste angegebenen Prozentsatzes unmittelbar an den Verkäufer leisten. Wenn andererseits ein Vertrag der Reparation Recovery Act oder einem ähnlichen Gesetze unterliegt, so ist der dem deutschen Lieferer für Gegenstände der Liste B bar zu bezahlende Betrag, falls dieser zuzüglich der Abgabe auf Grund der Reparation Recovery Act oder eines ähnlichen Gesetzes den Wert der Gegenstände übersteigt, um den übersteigenden Betrag zu kürzen.

Die Sachleistungs-Verträge.

Zu der Abfassung von Sachleistungsverträgen ist unterscheidend zu bemerken, daß zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Empfängern abgeschlossene Verträge nicht notwendig zu Lasten des Reparationskontos zu gehen brauchen. Nach wie vor bleiben normale Exportgeschäfte zwischen den genannten Kontrahenten mit direkter Zahlung des Empfängers an den deutschen Liefernden möglich. Sollen die Geschäfte zu Lasten des Reparationskontos gehen, so muß der Vertrag den Vermerk enthalten, daß die Beteiligten mit der Zahlung über das Reparationskonto einverstanden sind. Alle Einzelverträge auf Grund des Bemelman-Abkommens müssen außerdem die Bestimmung enthalten:

„Es wird von den Parteien ausdrücklich vereinbart, daß die Waren, welche den Gegenstand dieses Vertrages bilden, ausschließlich zur Verwendung oder Verarbeitung im Gebiete des beteiligten alliierten Staates (einschließlich seiner Dominions, Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete) bestimmt sind." Die auf der Basis des Wiesbadener Abkommens geschlossenen Einzelverträge müssen zum Ausdruck bringen: „Es wird von den Parteien ausdrücklich vereinbart, daß die Waren, die den Gegenstand dieses Vertrages bilden, ausschließlich zur Verwendung für den Wiederaufbau von Immobilien oder Mobilien in allen zerstörten Teilen des französischen Staatsgebiets in Europa bestimmt sind." Wie wir weiter erfahren, werden von verschiedenen sachkundigen Seiten Musterverträge ausgearbeitet.

Hinsichtlich der Vergebung, der Preisgestaltung und der Zahlungen der Lieferungen gemäß der genannten Abkommen ist zu bemerken:

1. Vergebung: Bestellungsberechtigt sind auf alliierter Seite alle physischen und juristischen Personen, einschließlich aller durch freien Zusammenschluß gebildeten Vereinigungen und der öffentlichen Verwaltungen. Zugelassen sind ferner für die tatsächliche Wiederherstellung ihrer örtlichen Schäden alle Kriegsbeschädigten mit belgischer oder französischer Staatsangehörigkeit. — Die Bestellung erfolgt durch direkte Vereinbarung zwischen Liefernden und Empfänger. Auf deutscher Seite sind die Verträge der deutschen Regierung (Reichskommissar für den Wiederaufbau) zur Genehmigung vorzulegen. Falls eine ausdrückliche Genehmigung nicht binnen 14 Tagen, bei Zusatzverträgen zu schon bestehenden Verträgen nicht binnen 8 Tagen erfolgt, so sind die eingereichten Verträge als genehmigt zu betrachten. Bemerkenswert ist, daß Handelsfirmen, welche sich eigens als Vermittlungsbüros für Sachlieferungen gebildet haben oder bilden werden, ausgeschlossen sind. Mit aller Schärfe soll gegen derartige Firmen vorgegangen werden.

2. Preisgestaltung: Sie erfolgt auf Grund freier Vereinbarung zwischen den Kontrahenten. Eine Einflußnahme deutscher Behörden auf die Preise findet nicht statt. Die Preise müssen jedoch den von den Außenhandelsstellen festgesetzten Mindestpreisen gleichkommen oder sie überschreiten.

3. Zahlungsverfahren: Es ist in der Anlage D zum Bemelman-Abkommen eingehend dargelegt. Der deutsche Lieferant wird vom Reiche in Papiermark entschädigt. Ausgenommen von der vollständigen Zahlung in Papiermark sind die in der Anlage B genannten Waren, deren Zahlung z. T. vom alliierten Besteller direkt in Devisen erfolgen muß.

Banken und Geldwesen.

— **Erhöhung des deutschen Bankdiskonts.** Das Reichsbankdirektorium hat den Diskontsatz von 5 auf 6 Prozent erhöht.

Die Frage der Beleihung der Zwangsanleihe ist folgendermaßen geregelt: In § 13 Ziffer 3b des Bankgesetzes ist ausgesprochen, daß die Reichsbank Schuldverschreibungen des Reichs beleihen darf, die zinstragend sind oder spätestens nach einem Jahre fällig werden. Daher kann die Zwangsanleihe, solange sie unverzinslich ist, von seiten der Reichsbank nicht beliehen werden. Wenn die Verzinslichkeit eingetreten sein wird (1. November 1925), dann wird die Zwangsanleihe seitens der Reichsbank beleihbar sein bis höchstens drei Viertel des Kurswertes. Die Vertreter der Reichsbank haben bei den Beratungen des Gesetzes im Reichstag erklärt, daß die Reichsbank keine Veranlassung sehen wird, vom Eintritt der Verzinslichkeit ab die Zwangsanleihe anders zu behandeln als sonstige Reichsanleihen. Dagegen sind die Darlehenskassen, auf die die Reichsbank seit Kriegsbeginn den überwiegend größten Teil ihres Lombardgeschäftes abgedrängt hat, so engen gesetzlichen Schranken wie die Reichsbank bei der Beleihung von Schuldverschreibungen des Reichs nicht unterworfen. Die Darlehenskassen sind berechtigt, Wertpapiere des Reichs mit einem Abschlag vom Kurs oder vom marktgängigen Preis zu beleihen. Das Nähere wird die Hauptverwaltung der Reichs-Darlehnskassen bestimmen, in der das Reichsfinanzministerium und die Reichsbank zusammen die Mehrheit haben. Eine gesetzliche Verpflichtung der Darlehnskassen, Wertpapiere zu beleihen, besteht zwar nicht, aber es wurde bei der Beratung des Gesetzes im Reichstag von zuständiger Stelle aus erklärt, daß die Darlehenskassen die Zwangsanleihe beleihen würden nach den Grundsätzen, die für die Beleihung sonstiger Wertpapiere des Reiches maßgebend seien.

Verzinsung von Scheck-Konten. Auf Grund eines Beschlusses der Berliner Bankenvereinigung sollen mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js. auf provisionsfreien Scheck- und Depositenkonten Guthaben unter ℳ 5000 vollständig unverzinst bleiben. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß derartige kleine Depositenguthaben den Banken unverhältnismäßig große Verwaltungskosten verursachen, und daß auch der geringe den Einlegern gutzuschreibende Zinsbetrag, der unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 1½ Prozent jährlich bei einem Guthaben unter ℳ 5000 weniger als ℳ 75 ausmacht, zum erheblichen Teil durch Porti und sonstige dem Einleger in Rechnung zu stellende Spesen aufgezehrt zu werden pflegt. In Frankfurt a. M. ist man diesem Beschlusse nicht beigetreten. Die Frankfurter Bankier-Vereinigung hält an der Verzinsung auch der kleinen Guthaben auf Scheckkonto (gegenwärtig mit 1½ Prozent) fest. Dagegen wird von den Mitgliedern der Frankfurter Bankier-Vereinigung ihrer Nichtbankier-Kundschaft auf Scheck-Konto einen Mindest-Provisionssatz von ½ pro Mille in Anrechnung gebracht, wobei Habenzinsen abgezogen werden können.

Goldrubelnoten der Russischen Staatsbank. Der Rat der Volkskommissare beauftragte die Staatsbank eine neue Art Banknoten herauszugeben die auf 100, 250, 500 und 1000 Goldrubel lauten. Die Deckung soll in Edelmetallen und leicht realisierbaren Waren bestehen. Die Notierung der neuen Noten an der Börse wird gestattet.

Wirtschaftliche Rundschau.

= **Eine italienische Handelskammer in München.** Vertreter der in Deutschland ansässigen italienischen Kaufmannschaft haben zusammen mit hervorragenden Vertretern des heimischen Wirtschaftslebens beschlossen, entsprechend der neugegründeten deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand eine italienisch-deutsche Handelskammer in München ins Leben zu rufen. Ein vorbereitender Ausschuß hat die notwendigen Arbeiten bereits soweit gefördert, daß in nächster Zeit mit der endgültigen Gründung der Handelskammer gerechnet werden kann.

Zu dem deutsch-italienischen Vertrage. Zu der W.T.B.-Meldung über den Abschluß des Vertrages zwischen Italien und Deutschland betreffend die Ablösung des deutschen Eigentums in Höhe von 800 Millionen Papierlire erfährt der Deutsche Handelsdienst, daß die Nachricht, daß die Eigentümer zur Deckung der Unkosten der Verwaltung herangezogen werden sollen nicht zutrifft, da die Kosten in einer Reihe von Fällen den Wert des Besitzes übersteigen würden.

Preisveränderungen. Der Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes hat mit Wirkung ab 1. August folgende Preiserhöhung beschlossen: Haematit um 2495 auf 10 760, Cu-Armes Stahleisen um 2247 auf 10 092, Gießerei-Roheisen 1 um 1953 auf 9868, Gießerei-Roheisen 3 um 1953 auf 9798, Siegerländer Stahleisen um 2247 auf 10092, Spiegeleisen 8 bis 10 Proz., Mangan um 2247 auf 11 176, Gießerei-Roheisen Luxemburger Qualität um 1927 auf 9000, Ferro-Mangan 80 Prozent mit bisheriger Kurs- und Koksklausel, sowie mit Frachtklausel um 725 auf 18 580, Ferromangan 80 Proz. um 682 auf 17 380, Ferro-Silicium 10 Proz. mit Koks- und Frachtklausel um 2500 auf 12 620, Temper-Roheisen um 2495 auf 10 704. Die neuen Höchstpreise gelten bis auf weiteres mindestens aber bis zum 31. August d. J. Sollte für den Monat August eine Erhöhung der Kokspreise oder der Eisenbahnfrachten eintreten, so erfahren die Roheisenverkaufspreise mit Wirkung vom gleichen Tage ab eine entsprechende Erhöhung. Der für den Juli gewährte Rabatt bleibt auch für August in der bisherigen Form bestehen. Der Verband für nahtlose Präzisionsrohre hat die Preise, wie folgt erhöht: für Rohre bis einschl. 12 Millimeter Durchmesser und unter 1 Millimeter Wand + 190 Proz., alle anderen Rohre bis 1,2 Millimeter Wand einschl. + 210 Proz., alle Rohre über 1,2 Millimeter Wand plus 210 Proz., alle Rohre von 22 bis 40 Millimeter Durchmesser einschl. mit 0,6 Millimeter Wand einschl. + 190 Proz. auf die bekannten Listenpreise.

r. **Höhere Preise für Emballage im Zigarrengroßgewerbe.** Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller setzte vom 26. ds. Mts. ab folgende Mindestpreise für Verpackung fest: für Zigarren-Umkisten 40 ℳ, für Zigarillos-Umkisten 20 ℳ je Mille, für Postpakete 16 ℳ je Paket; für zurückgesandte ausgestattete Holzkistchen darf die Rückvergütung nicht übersteigen: bei einem Vierzigstel 6 ℳ, bei einem Zwanzigstel 8 ℳ und bei einem Zehntel 10 ℳ.

3r. **Die Preisfrage in der Eisenindustrie.** Wie aus Essen berichtet wird, soll die Festsetzung der neuen Preise für Stahl und Walzwerkerzeugnisse ab 1. August in einer Sitzung des Stahlbundes am 31. d. M. erfolgen. Man rechnet unter Berücksichtigung der ab 1. August zu erwartenden, neuen Kohlenpreiserhöhung mit einer Heraufsetzung des Stabeisenpreises auf 3000—3500 ℳ die Tonne.

Neuregelung der Schrottwirtschaft. Eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Regelung der Schrottwirtschaft wird in den nächsten Tagen im „Reichsanzeiger" veröffentlicht. Die Verordnung bezweckt, die Versorgung der Großeisenindustrie sicherzustellen, und ist lediglich eine Ausführung der Verordnung über die Regelung der Eisenwirtschaft vom 1. April 1920. Die Bestimmungen der neuen Verordnung richten sich insbesondere gegen das Hamstern von Schrott und treffen Vorsorge, daß aus spekulativen Gründen zurückgehaltene Schrottmengen erfaßt, und den Verbrauchern zugeführt werden können. Die Ausführung der Verordnung ist dem Reichskommissar für die Eisenwirtschaft übertragen. Ihm wird ein Beirat aus Fachleuten beigegeben, die von den Ausschüssen des Eisenwirtschaftsbundes aus den Kreisen der Unternehmer und Arbeitnehmer gewählt werden.

3r. **Arbeitseinstellung der Bauarbeiter in Sachsen und Anhalt.** Die Arbeitgeber im Mitteldeutschen Baugewerbe haben nach einer Meldung der „Magdeb. Ztg." den vom Bezirkslohnamt Sachsen-Anhalt gefällten Schiedsspruch auf Erhöhung des Stundenlohnes um 7 ℳ auf 35 ℳ abgelehnt. Der Bauarbeiterverband hat daraufhin beschlossen, in allen Städten der Provinz Sachsen und in Anhalt die Arbeit einzustellen.

Die englische Einfuhrabgabe auf deutsche Stoffhandschuhe. Der vom Handelsamt ernannte Ausschuß hat seinen Bericht über den Protest der Baumwollspinnereien von Lancashire wegen der Erhebung einer Einfuhrabgabe von 33⅓ Prozent auf deutsche Stoffhandschuhe erstattet. Den Blättern zufolge spricht sich der Bericht gegen den Standpunkt der Spinnereien aus und sagt, der Ausschuß sehe keine Gründe, seine bisherige Auffassung bezüglich der Industrieschutzgesetze zu ändern. „Daily Chronicle" bemerkt hierzu, man müsse die Veröffentlichung des Wortlauts des Berichts abwarten, um zu sehen, ob der Ausschuß für die Erhebung der Einfuhrabgabe nur im gegenwärtigen Augenblick sei.

Industrie und Handel.

Aus dem südwestdeutschen Wirtschaftsgebiet.

Handelsbund e. V. Die Steuerabteilung des Handelsbundes e. V. veranstaltete am Donnerstag im kleinen Hörsaal des Staatstechnikums für die Mitglieder einen Vortrag über „Zwangsanleihe". Der Vortrag wurde von dem kaufmännischen Sachverständigen — gleichzeitigen Geschäftsführer des Bundes, Herrn Albert Friebel, Karlsruhe, gehalten. Die Teilnehmer folgten dem Referat mit lebhaftem Interesse.

(zr.) **Pforzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie.** Der Geschäftsgang der Pforzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie blieb, wie aus dem Bericht der Pforzheimer Handelskammer für den Monat Juni hervorgeht, gut. Juwelen und Zierarmbänder hatten ein etwas besseres Inlandsgeschäft gegenüber den Vormonaten, doch macht sich auch in dem Juwelengeschäft der Abgang gerade der besten Arbeitskräfte in andere Zweige der Bijouterieindustrie bemerkbar. Das Auslandsgeschäft war wie in den Vormonaten flau. Jugoslawien hat ein Einfuhrverbot für sämtliche Bijouteriewaren erlassen, womit die Ausfuhr nach diesem Lande ihr Ende erreichte. Auch die Ausfuhr nach Belgien und Frankreich wird infolge der neuen Zollerhöhungen merkbar zurückgehen.

Süddeutsche Telegraphon-Vertriebsgesellschaft m. b. H. in Mannheim. Das mit 250 000 ℳ ins Leben gerufene Unternehmen bezweckt den Alleinvertrieb des von der Telegraphon-A.-G. zu Berlin erzeugten Telegraphons, seiner Teile, Ergänzungsapparate und des Zubehörs innerhalb des der Betriebsgesellschaft überlassenen Gebietes. Geschäftsführer ist Leo Giler in Mannheim.

n. **G. u. L. Fratelli Cora Import A.-G., Mannheim.** Gegenstand des Unternehmens ist der Import und der Vertrieb der Erzeugnisse, sowie die Herstellung der Marken der gleichnamigen Firma in Turin, sowie der Import und Export von Weinen und Spirituosen. Das Grundkapital beträgt 1 200 000 Mk. Dr. Cesare Bottini, Kaufmann in Freiburg i. B. und Kaufmann Friedrich Wied in Mannheim sind Vorstandsmitglieder.

Der Valutamarkt.

(Schlußnotierungen.)

Paris. 27. Juli. Wechsel auf:

	26. 7.	27. 7.					
			Wien	—.—	0.04	Holland	468.25 / 468.25
Deutschland	2.35	2.32½	New-York	1205.—	1207	Italien	55.50 / 55.20
Bukarest	7.50	7.85	Brüssel	94.90	94.80	Schweiz	228.25 / 229.25
Prag	29.90	27.40	London	53.62	53.68	Spanien	187.25 / 187.50

London. 27. Juli. Wechsel auf:

	26. 7.	27. 7.					
			Holland	114.57	114.67	Deutschland	22.92 / 23.33
Paris	538.55	536.65	New-York	474.75	443.10	Wien	14.00 / 14.50
Belgien	564.75	566.+5	Spanien	286.20	286.40	Bukarest	7.10 / 7.00
Schweiz	234.30	234.30	Italien	96.87	97.00		

Amsterdam. 27. Juli. Wechsel auf:

	26. 7.	27. 7.					
			Wien	0.0077⅝	0.0075	Brüssel	20.30 / 20.27½
London	11.46½	11.47½	Kopenhagen	55.50	55.50	Madrid	39.97½ / 40.07½
Berlin	0.50	0.49¾	Stockholm	67.	67.	Italien	11.85 / 11.85
Paris	21.40	21.85	Kristiania	43.50	43.00		
Schweiz	49.05	49.05	New-York	257.75	258.—		

Kopenhagen. 27. Juli. Wechsel auf:

	26. 7.	27. 7.					
			Paris	38.75	38.65	Stockholm	120.90 / 120.70
London	20.70	20.66	Antwerpen	36.80	36.70	Kristiania	78.70 / 78.50
New-York	466.—	465.50	Zürich	88.60	88.50	Helsingfors	9.70 / 9.70
Hamburg	0.93	0.95	Amsterdam	180.90	180.65	Prag	10.75 / 10.50

Stockholm. 27. Juli. Sichtwechsel auf:

	26. 7.	27. 7.					
			Brüssel	30.50	30.25	Kristiania	65.25 / 65.—
London	17.17	17.13	schweiz. Plätze	73.25	73.60	Washington	385.— / 385.—
Berlin	0.78	0.76	Amsterdam	149.60	149.60	Helsingfors	8.10 / 8.10
Paris	32.	31.90	Kopenhagen	82.85	83.—	Prag	9.— / 9.—

Kristiania. 27. Juli. Sichtwechsel auf:

	26. 7.	27. 7.					
			New-York	593.—	587.—	Antwerpen	47.— / 47.—
London	26.40	26.45	Amsterdam	230.—	230.50	Stockholm	154.25 / 154.25
Hamburg	1.20	1.20	Zürich	113.	113.—	Kopenhagen	27.75 / 128.—
Paris	49.60	49.25	Helsingfors	12.40	12.50	Prag	13.— / 13.60

Wien. 27. Juli. Wechsel auf:

	26. 7.	27. 7.					
			London	1477.00	1534.00	Lire-Noten	1436.— / 1563.—
Amsterdam	12885.00	1324.50	Paris	2772.—	2857.—	Jugosl. Noten	—.— / 457.—
Berlin	65.35	66.10	Zürich	6293.—	6543.—	Tschechosl. Noten	783.50 / 793.50
Kopenhagen	7192.—	7342.—	Marknoten	65.40	66.15	Polen-Noten	555.— / 560.—